A 014 DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Offensive Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der 19. Ordentliche DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die aktuelle Wirtschaftskrise bedroht und vernichtet Arbeitsplätze und damit die soziale Sicherheit vieler Menschen. KurzarbeiterInnen verzichten auf Einkommen. SteuerzahlerInnen zahlen die Nothilfen für Banken. Die Verursacher dieses Desasters werden dagegen mit Boni und Abfindungen belohnt.

Diese Krise ist der Beweis des Scheiterns einer Wirtschaftsideologie, die einzig und allein auf den freien Markt setzte. 30 Jahre Politik der Deregulierung von Arbeits- und Finanzmärkten, Privatisierung, Abbau von Sozialstaat haben die Welt nicht besser, sondern Wohlhabende reicher und die Armen ärmer gemacht.

Wir Gewerkschaften wollen kein „Weiter so", sondern fordern eine Offensive für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Gute Arbeit

Von den Menschen wird gute Arbeit mit sicheren Arbeitsplätzen bei einem existenzsichernden Einkommen gleichgesetzt. Dem steht ein wachsender Anteil der atypischen und prekären Beschäftigungsformen gegenüber. Rund 12,78 Millionen Menschen waren 2008 in Deutschland atypisch beschäftigt, bspw. in Mini-Jobs, als LeiharbeitnehmerInnen und in Teilzeit. Mehr als jeder zehnte abhängige Erwerbstätige ist befristet beschäftigt.

Besonders LeiharbeiterInnen und befristet Beschäftigte tragen ein hohes Arbeitsmarktrisiko. Sie verdienen weniger Geld und waren die Ersten, die seit Beginn der Krise ihre Arbeit verloren haben. Diese prekären Beschäftigungsformen müssen zurückgedrängt werden.

Wir fordern:

- Die Begrenzung der Leiharbeit.
  Dazu ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
  zu ändern.
  Es muss das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und bei den Arbeitsbedingungen gelten.

- Mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in Entleihbetrieben.

- Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, damit LeiharbeiterInnen nach ihrem Einsatz in Entleihbetrieben nicht entlassen werden.

- Statt sachgrundlose Befristungen auszuweiten, müssen befristet Beschäftigte den Anspruch auf Übernahme in den Betrieb bzw. Dienststelle erhalten, wenn im Unternehmen Stellen zu besetzen sind.

- Die Beschränkung versteckter Befristungen, wie z.B. durch Praktika, durch gesetzliche Regelungen. Dazu gehören klare zeitliche Begrenzungen.
  Für Praktika, die nicht unmittelbar der Ausbildung dienen, muss ein existenzsichernder Lohn gezahlt werden.

- Eine Sozialversicherungspflicht für alle Jobs, statt Mini-Jobs stärker zu fördern.

Mindestlohn

Gute Arbeit beinhaltet ein Einkommen, von dem man leben kann. Dieser selbstverständliche Anspruch bleibt für eine immer weiter wachsende Anzahl von Beschäftigten unerfüllt. Mehr als jeder fünfte Beschäftigte arbeitet zu einem Niedriglohn. Selbst in den Boomjahren 2006 und 2007 stieg die Zahl der Menschen mit nicht existenzsichernden Niedriglöhnen.

Das Lohndumping geht weiter. Mit neuen Grenzwerten sollen Mini-Jobs ausgebaut werden, obwohl gerade diese Jobs oft besonders niedrige Stundenlöhne haben. Bestehende Mindestlöhne sollen bis 2011 auf den Prüfstand der neuen Bundesregierung.

Wir fordern:

- Statt einer Prüfung brauchen wir eine gesetzliche Lohnuntergrenze.
  Deutschland braucht den Mindestlohn.

- Hände weg von bestehenden Mindestlöhnen.

Gesundheitliche Prävention

Gesundheit und gute Arbeit haben für die Beschäftigten einen hohen Stellenwert. Doch noch immer sind Prävention und Gesundheitsförderung stark vernachlässigte Bereiche, in denen aus gesundheitspolitischer und finanzieller Perspektive enormer Nachholbedarf besteht.
Wir brauchen eine systematische Präventionspolitik, die der Prävention, neben den Heilverfahren, der Pflege und der Rehabilitation, einen gleichwertigen Stellenwert gibt.

Wir fordern:

- Prävention vor Rehabilitation als Ergänzung zum Grundsatz „Rehabilitation vor Rente".

Präventionsmaßnahmen müssen in den zentralen Lebens- und Gefährdungsbereichen ansetzen. Daher ist die Arbeitswelt systematisch einzubeziehen. Die gesundheitliche Prävention in Betrieben, Verwaltungen und Dienststellen ist ebenso wie der Arbeitsschutz auszubauen. Dazu zählt, alle Arbeitsplätze regelmäßig darauf zu untersuchen, ob sie gesundheitliche Schäden hervorrufen oder verstärken.

Wir fordern:

- Für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss mehr getan werden.

Die Beschäftigungsfähigkeit ist durch Maßnahmen im Unternehmen bzw. Dienststelle und auf individueller Ebene zu stärken.

Gezielte Programme zur Vermeidung von Erkrankungen sind ein Mittel, um die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten zu erhalten und damit ein krankheitsbedingtes Ausscheiden zu vermeiden.

Auch die demografischen Veränderungen verlangen Antworten einer alternsgerechten und lernförderlichen Gestaltung der Arbeit, denn frühzeitige Prävention in der Arbeitswelt kann die Sozialkosten arbeitsbedingter Erkrankungen und Frühinvalidität erheblich senken.

Wir fordern:

- Die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, um es den Beschäftigen zu ermöglichen, bis zum tatsächlichen Rentenalter erwerbstätig sein zu können.

- Keine Rente und keine Pension mit 67.

Arbeitszeitdebatte führen

Für uns Gewerkschaften ist die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen eng verbunden mit der gerechten Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung.

Gerade in der aktuellen Krise muss es darum gehen, das sinkende Arbeitsvolumen gerechter zu verteilen, statt Menschen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Zudem sehen wir Gewerkschaften in der Arbeitszeitverkürzung einen entscheidenden Beitrag, Arbeit und Leben in eine bessere Balance zu bringen und die Gesundheit präventiv zu fördern.

Wir starten daher eine neue Arbeitszeitdebatte, um intelligente Formen der Arbeitszeitverkürzung zu entwickeln, die den Interessen der arbeitenden Menschen gerecht werden, Arbeitsplätze sichert und neue schafft.

Sozialstaat stärken statt schwächen

Der in der Vergangenheit viel gescholtene Sozialstaat hat sich in der Krise mit seinen Instrumenten als automatischer Stabilisator bewiesen. Auch wenn mit Kurzarbeit Arbeitsplätze gehalten werden konnten und unsere börsen- und finanzmarktunabhängige Rentenversicherung das Einkommen Älterer garantierte, sind doch die Lücken des Sozialsystems offen zu Tage getreten.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Vorrangig ist der Erhalt sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, insbesondere, wenn die Wirtschaftskrise stärker als bisher negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird.

Wir fordern:

- Die neuen und erleichterten Kurzarbeitsregelungen müssen unbefristet weitergeführt werden.

- Die Möglichkeiten des Transfer-Kurzarbeitergeldes sind zu erweitern.

  Die Bezugsdauer muss von derzeit 12 auf 24 Monate verlängert werden und eine Rückkehr auf einen Arbeitsplatz in einen Betrieb des gleichen Unternehmens ermöglichen.

- Die Förderung der Altersteilzeit muss wieder aufgenommen werden, um jungen Menschen eine Übernahme nach der Ausbildung und Neueinstellung nach dem Studium zu ermöglichen.

Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. In der Krise erhöht sich das Risiko, arbeitslos zu werden. Zum Verlust des Arbeitsplatzes darf jedoch nicht auch noch der bodenlose soziale Absturz kommen. Der Anspruch auf die Würde des Menschen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben reduziert sich nicht mit der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Wir fordern:

- Die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I
  für ältere Arbeitslose auf 36 Monate.

- Die Verlängerung der Rahmenfrist für die notwendigen Beitragszeiten
  für das Arbeitslosengeld I um ein Jahr.

  Damit werden die vielen instabilen und befristet Beschäftigten im Falle der Arbeitslosigkeit vor Hartz IV geschützt.

- Die Hartz IV-Regelsätze sind deutlich zu erhöhen und damit armutsfest auszugestalten.

- Die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen müssen erhöht werden.

Kein weiteres Aufweichen der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme

Die Systeme der sozialen Sicherheit sind zu stabilisieren. Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten. Ein weiteres Aufweichen der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab.

Wir fordern:

- Eine 100-prozentige solidarische und paritätische Finanzierung,
  um die Einnahmebasis der Solidarsysteme zu stärken.

- Die Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen, die in den Systemen der sozialen Sicherung aufgebracht werden.

- Eine staatliche Defizithaftung für alle Sozialversicherungszweige zur Vermeidung von Sozialabbau in Zeiten von Krisen.

Solidarische Kranken-Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

Wir fordern:

- Den Ausbau der Krankenversicherung zu einer gerechten und langfristig stabilen Bürgerversicherung.

- Die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze

- Eine kostenfreie Versorgung

  Dafür muss die Trennung zwischen Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung aufgehoben werden. Auch das stärkt die Finanzierungsbasis und beendet die Benachteiligung von Kassen-patienten. In Kombination mit der Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und der Umsetzung einer paritätischen Finanzierung in der Kranken- und Pflegeversicherung, können so Belastungen der Versicherten gesenkt und eine Unterfinan-

zierung und damit Zusatzbeiträge in der GKV vermieden werden.

- Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung statt einer Zwei-Klassen-Medizin für die Versicherten.

Erwerbstätigenversicherung in der Rentenversicherung

Das deutsche System der umlagefinanzierten Rente hat sich gerade in der Krise als stabilisierend erwiesen. Während in Ländern, deren Alterssicherungssystem auf Kapitaldeckung beruht, die Krise unmittelbar auf die Einkommen der Renterinnen und Rentner durchschlug, war dies hierzulande nicht der Fall. Dies verdeutlicht nochmals die Notwendigkeit einer starken umlagefinanzierten Rente als Kern des Gesamtsicherungssystems.

Wir fordern:

- Den Umbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zu einer umlagefinanzierten Erwerbstätigenversicherung.

  Indem alle Erwerbstätigen (Selbständige und geringfügig Erwerbstätige und in weiteren Schritten auch politische Mandatsträger, Beamt/innen und Berufsständler) einbezogen werden, wird die Solidargemeinschaft und die gesetzliche Rentenversicherung als wichtigste Säule der Alterssicherung gestärkt.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Wir fordern:

- Einen modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst,
  der in der Lage ist, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes auch unter schwierigen Umständen zu erfüllen.

- Der öffentliche Dienst darf sich nicht den kommerziellen Marktmechanismen der privaten Ökonomie unterordnen oder anpassen.
  Vielmehr ist das eigene Profil als effizienter, leistungsbereiter, gerechter und sozial verantwortlicher Sektor zu behaupten. Eine Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die insbesondere zu Lasten der kommunalen Daseinsvorsorge geht, lehnt der DGB ab.

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Wir fordern:

- Den Stopp einer Politik der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Aufgaben.
  Privatisierungen in der Vergangenheit führten kaum zur nachhaltigen Entlastung der Haushalte und zu einem deutlichen Verlust an politischen Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten sowie zu einer Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der betroffenen Beschäftigten.
  Die Rekommunalisierung von Dienstleistungen ist einzufordern.

- Keine weiteren Public-Private-Partnertship-Modelle (PPP) in den Ländern und in den Kommunen.
  Sie widersprechen dem Verfassungsgrundsatz, dass jede Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dies führt dazu, dass öffentliche Mittel nicht allein dem Gemeinwohl zugute kommen, sondern den privaten Partnern. Inwieweit die Öffentlichkeit, insbesondere Gebietskörperschaften, einen wirklich Nutzen haben, ist bisher nicht belegt.

Personal

Wir fordern:

- Ein einheitliches Tarifrecht für Bund, Länder und Gemeinden.
  Deshalb muss der TVöD und TV-L an das jeweils höhere Niveau angeglichen werden.

- Die Weiterentwicklung des geltenden öffentlichen Dienstrechts zu einem an einheitlichen Grundsätzen orientierten Personalrecht unter Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten.

  Ein zukunftsfähiges Personalrecht fördert die beruflichen Möglichkeiten der Beschäftigten sowie die Durchlässigkeit zwischen Beschäftigungen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

- Personalvertretungsgesetze, die der demokratischen Teilhabe der Beschäftigten an Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz betreffen, gerecht werden.

  Mitbestimmung ist im öffentlichen Dienst ein wesentliches und unverzichtbares Element einer modernen, kooperativen, Verwaltungsorganisation und Verwaltungsführung.

  Die Modernisierung des öffentlichen Dienstes erfordert deshalb mehr Teilhabe und Mitbestimmung - nicht weniger.

- Gerade in Krisenzeiten muss der öffentliche Dienst eine arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Vorreiterrolle einnehmen.

  Ein weiterer Personalabbau ist kontraproduktiv. Stattdessen müssen mehr Auszubildende übernommen und befristete Arbeitsverträge entfristet werden.

eGovernment

Die Einführung von Electronic Government bedeutet eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft. Dies drückt sich im Wandel bereitgestellter öffentlicher Dienstleistungsangebote aus. Die Gestaltung der Dienstleistungsangebote im Rahmen von eGovernment beeinflusst erheblich die Sicherheit von Arbeitsplätzen in und außerhalb der Verwaltung. Die Art und Weise der Umsetzung von eGovernment zeigt den Weg zwischen Chancen und Risiken, wie z.B. die Gefahr von Privatisierungen.

Wir fordern:

- Mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und Anwendung von eGovernment.

Nachhaltige Industriepolitik

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen ein politisches Leitbild gegenüberstellen. Deutschland braucht einen industrie- und dienstleistungspolitischen Kurs, der dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Wir fordern:

- Die Weiterentwicklung der ökonomischen und ökologischen Effizienz unter Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte.

- Einen sozial ausgewogenen Strukturwandel ohne Brüche bei Einkommen und Beschäftigung.

- Die Forcierung der notwendigen Umstrukturierungen über Innovationen.

- Die Garantie für umfassende demokratisch-gesellschaftliche Beteiligungs- und Teilhaberechte.

Ökologischer Umbau

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Verstärkte Anstrengungen für einen ökologischen Umbau.

  Dies erfordert eine moderne ökologische regionale Strukturpolitik, die auf die Entwicklung und Koordinierung tragfähiger regionaler Wirtschaftszusammenhänge und -kreisläufe gerichtet ist. Forschung und Entwicklung, Qualifizierung und die Verbesserung der so genannten "weichen Standortfaktoren" müssen dabei eine wichtige Rolle spielen. So kann es gelingen, neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und Verfahren und dadurch auch neue Beschäftigung zu generieren.

Förderung der Ressourceneffizienz

Eine nachhaltige Innovationsstrategie fördert die Entwicklung von neuen Produkten und Verfahren, die nicht nur schadstoffarm sind, sondern dazu den notwendigen Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch reduziert. Ressourceneffiziente und nachhaltige Produkte und Verfahren müssen das Qualitätskriterium für Deutschland werden.

Neue Erkenntnisse der Klimaforschung verdeutlichen, dass ein Nachlassen im Klimaschutz fatale Auswirkungen zur Folge hätte. Deutschland muss große Anstrengungen für die Erreichung der Klimaschutzziele unternehmen. Klimaschonende Maßnahmen und Energieeffizienz sind nach Auffassung des DGB zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Ein zentraler Hebel um die Energieeffizienz in Deutschland kräftig zu steigern, ist die energetische Gebäudesanierung. Diese Sanierungsmaßnahmen sind beschäftigungsintensiv und könnten vom lokalen Handwerk durchgeführt werden.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Den Ausbau der Förderung von Forschung und Anwendung zum effizienten Ressourceneinsatz.

Erneuerbare Energien ausbauen

Angesichts der Endlichkeit der fossilen Energieträger müssen schon heute die Weichen für die Energieversorgung von übermorgen gestellt werden, denn die heutige Energieversorgung ist in wesentlichen Aspekten nicht nachhaltig.

Der DGB fordert von der Bundesregierung ein rohstoff- und energiepolitisches Gesamtkonzept.
Dazu gehören

- die Effizienzerhöhung auf allen Ebenen der energetischen Kette, z.B. durch Ausbau der rationellen Energienutzung wie der effizienten Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung, soweit technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll

- der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung. Stärker als bisher sind grundlastfähige erneuerbare Energien in der Stromerzeugung, wie Geothermie oder Biomassenutzung, zu fördern

- die Forschung und Anwendung effizienter Energiegewinnungs- und Energieerzeugungstechniken, z.B. Entwicklung und Markteinführung innovativer Energietechnologien (u.a. clean coal, Wasserstofftechnologie, Brennstoffzelle).

Umweltfreundliche Mobilität vorantreiben

Als Standort der Automobilindustrie ist Deutschland gefordert Konzepte zukünftiger und umweltfreundlicher Mobilität zu entwickeln. Der Anspruch nach individueller Mobilität der Menschen, sowie die Ansprüche der Wirtschaft nach

Gütertransporten müssen in Einklang gebracht werden mit notwendigen Schritten zum Klimaschutz und den knapper werdenden fossilen Brennstoffen.

Wir fordern:

- Von der Industrie die Entwicklung neuer verbrauchsarmer und schadstofffreier Antriebstechniken und neuer Werkstoffe.

- Eine Energie-Infrastruktur, die den Ansprüchen veränderter verbrauchsarmer und schadstofffreier Antriebstechniken und dem zunehmenden Anteil von Autos mit Elektroantrieb gerecht wird.

- Von der Bundesregierung ein integriertes Mobilitätskonzept, bei dem der öffentliche Nahverkehr und der Individualverkehr miteinander verknüpft werden.

- Eine beschäftigungsfördernde Begleitung des Strukturwandels, der sich aus neuen Antriebstechniken und Verkehrskonzepte ergibt.

- Einen politischen Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft und Umweltverbänden.

Bildungspolitik

In kaum einem anderen Land hängen die Bildungschancen der Kinder so sehr vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland.

Gerade junge Menschen sind die Verlierer der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sinkt, die Jugendarbeitslosigkeit steigt, immer mehr Jugendliche arbeiten in prekärer Beschäftigung, sei es als unbezahlte PraktikantInnen, LeiharbeiterInnen oder befristet Beschäftigte. Junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, werden als nicht ausbildungsreif und ausbildungsunwillig abgestempelt.

Bildungsarmut ist ein sozialer Skandal und schadet auch der Wirtschaft. Der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften steigt, während gering qualifizierte Tätigkeiten in wichtigen Branchen zunehmend aus Unternehmen verschwinden. Bis 2015 werden nach einer Studie von Prognos 2,23 Mio. Fachkräfte in Deutschland fehlen.

Wir fordern:

- Die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit.

- Bildungspolitik darf jedoch nicht auf Standortpolitik reduziert werden.
  Bildung ist ein Menschenrecht. Sie muss demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe sichern.

Kindertageseinrichtungen

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Ganztägige Betreuung reicht nicht aus, die Betreuungseinrichtungen müssen zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen weiterentwickelt werden durch die Umsetzung der Bildungspläne, der individuellen (Sprach-)Förderung und des Orientierungsplans.
Für eine solche Qualitätsoffensive muss das Personal besser aus- und weitergebildet und damit besser entlohnt werden.

Wir fordern:

- Für die Sicherung von guter Qualität landesweit einheitliche Standards bezüglich Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher Gruppengrößen, Zeiten für Vor- und Nachbereitung, etc.

Diese Standards sind in allen Regionen unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft umzusetzen.

- Kitas und Kindergärten sind gebührenfrei als öffentliche Dienstleistung zur Verfügung zu stellen.

Schule

Die Bilanz unseres Schulsystems ist Besorgnis erregend: Jahr für Jahr verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Wir brauchen deshalb auch für unsere Schulen eine neue Philosophie: Fördern statt Auslesen. Eine Schule für alle Kinder erreicht durch individuelle Förderung zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Das pädagogisch sinnlose Sortieren und Etikettieren in unterschiedlich anspruchsvolle Bildungsgänge muss überwunden werden.

Wir fordern:

- Die Ganztagsschule als Pflicht- und Regelschule, in der junge Menschen bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen.

- Die Senkung des Klassenteilers und zusätzliches Personal für individuelle Förderung und professionelle Unterstützung, wie Schulsozialarbeiter/innen und Schulpsychologen/innen.

Ausbildung

Zehntausende Jugendliche bewerben sich Jahr für Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz und werden in Warteschleifen zwischen Schule und Beruf geparkt – ohne dass sie eine voll qualifizierende Ausbildung beginnen können. Das duale System der Berufsausbildung gilt es zu modernisieren. Im Mittelpunkt sollte die Entwicklung einer ganzheitlichen beruflichen Handlungskompetenz in europäischen Kernberufen stehen.

Wir fordern:

- Eine konjunkturunabhängige Sicherung der betrieblichen Ausbildung.

- Ausbildungsbegleitende Hilfen und Schulsozialarbeit als Standardangebot für Betriebe und Auszubildende, um allen Jugendlichen gute Abschlüsse zu ermöglichen.

- Qualitätssicherungssicherungssysteme in Betrieben und bei den Kammern, um hohe Abbrecherquoten zu vermeiden.

- Ein flächendeckendes regionales Übergangsmanagement und den Abbau des Unterrichtsdefizits an Schulen

- Entlastung der Betriebe von ausbildungsbedingten Gebühren und eine Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

- Der bedarfsgerechte Ausbau der beruflichen Schulen.

Weiterbildung

Wir brauchen ein wirksames solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen einen besseren Zugang ermöglicht.

Dazu gehören auch unabhängige Informations- und Beratungsstellen für alle Beschäftigten sowie Betriebe und Dienststellen. Alle Akteure der Weiterbildung – vom Bund über die Kommunen bis zu Gewerkschaften und Unternehmen – müssen ihre Aktivitäten sinnvoll vernetzen, sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Kleine und mittlere

Unternehmen sind besonders gefordert, ihre Weiterbildungsanstrengungen zu erhöhen. Dazu ist eine effiziente Beratung unverzichtbar.

Wir fordern:

- eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik
- eine bessere Unterstützung von Betriebs- und Personalräten bei der Wahrnehmung ihrer Initiativ- und Mitbestimmungsrechte
- mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen und
- eine aktive staatliche Weiterbildungsförderung.

Hochschule

Das deutsche Hochschulwesen ist auch im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig. Dennoch erleben die deutschen Hochschulen zurzeit einen Umbruch. Dominierendes Leitbild ist dabei ein wirtschaftsnahes Verständnis einer „deregulierten", „entfesselten" oder „unternehmerischen" Hochschule. Ziel ist es, die Hochschulen nach dem Vorbild profitorientierter Steuerungsmodelle umzubauen. Eliteuniversitäten, autokratische Leitungs-strukturen, steinige Karrierewege, verschulte und verdichtete Kurzzeitstudiengänge prägen den Alltag an den deutschen Hochschulen.

Wir fordern:

- Einen gesellschaftlichen Dialog über die künftige Entwicklung der Hochschulen.

  Die Gewerkschaften stehen für ein alternatives Leitbild einer „demokratischen und sozialen Hochschule" mit klaren Eckpunkten: Wir wollen Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen sozial öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln sowie Arbeits- und Studienbedingungen verbessern.

- Eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten und Studierenden an den Hochschulen.
  Der DGB lehnt sowohl die staatliche Detailsteuerung der Hochschulen als auch den kompletten Rückzug der Politik aus ihrer Verantwortung für die Hochschulen ab.

- Die Umsetzung der Bologna-Reformen an deutschen Hochschulen ist dringend einem Evaluations- und Reparaturprozess zu unterziehen.

- Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte unter Anrechnung von deren Kompetenzen.
  Der KMK-Beschluss vom März 2009 ist zeitnah in Landesrecht umzusetzen. Ein Landesprogramm sollte die Hochschulen zur Entwicklung von geeigneten Teilzeitstudiengängen sowie zum Aufbau einer Beratungs- und Vorbereitungsstruktur für diese Studierendengruppe einladen.

- Die Abschaffung von Studiengebühren.

Steuerpolitik - nicht auf Kosten sozialer Politik

Ein handlungsfähiger, moderner Staat braucht Steuereinnahmen zur Bewältigung seiner Aufgaben. Sozialstaatliche Leistungen, ein gutes Bildungssystem, eine zukunftsorientierte Infrastruktur sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Mit Steuern kann der Staat auch steuern. Investitionen können belohnt und Spekulationen diskriminiert werden.

Einkommen kann umverteilt werden, indem starke Schultern mehr Lasten tragen. Umweltschonendes Verhalten kann gefördert und umweltschädliches Verhalten bestraft werden.

Dazu bedarf es eines sozial gerechten Steuersystems. Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat überwiegend die Bezieher hoher Einkommen begünstigt. Die Steuerpläne der neuen Bundesregierung gehen weiter in diese Richtung.

Damit entziehen sie den öffentlichen Haushalten dringend benötigte Finanzmittel. Die beschlossene Schuldenbremse wird die Politik in den nächsten Jahren zu zusätzlichen Haushaltseinsparungen zwingen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Einen steuerpolitischen Kurswechsel.
- Eine ausreichende Finanzbasis für staatliches Handeln.
- Eine Erhöhung der Gewinn-, Einkommens- und Kapitalertragssteuern.
- Eine Börsenumsatzsteuer statt höherer Mehrwertsteuern.
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Anhebung der Erbschaftssteuer auf ein international vergleichbares Niveau.